

Januar 2007

**Politik** Türkei

## **Hoffen auf Gott und die EU**

*Türkei: Christen dürfen den Gottesdienst besuchen, doch die Kirchen sind rechtlos*

**Jürgen Wandel**

*Wer mit offenen Augen und Ohren durch die Türkei reist, entdeckt: Von dem, was Europäer heute unter Menschenrechten und Religionsfreiheit verstehen, ist das Land noch weit entfernt.*

Die beiden Kleinbusse rumpeln die schmale Bergstraße hoch. Rechts und links sind – soweit das Auge reicht – verkohlte Baumstümpfe zu sehen. Vor einem Jahr standen hier noch Wein-stöcke, dort erhoben sich Obstbäume. Dann vernichtete ein Feuer die Lebensgrundlage der 135 Bewohner von Bsorino und Sare, zwei syrisch-orthodoxen Dörfern im osttürkischen Tur Abdin.

Hier her hat es eine Gruppe deutscher Juristen und Journalisten verschlagen, die sich – auf Einladung der Katholischen Akademie Stuttgart und des Katholischen Missionswerks „missio“ in Aachen – über die Lage der Christen in dem Land informieren, das der EU beitreten will.

Im Tur Abdin, Karl-May-Lesern als das „Wilde Kurdistan“ bekannt, leben seit über 1700 Jahren syrisch-orthodoxe Christen, „Syriani“ genannt. Im Laufe der Geschichte wurden sie immer wieder verfolgt. Zu Beginn der Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts lebten im Tur Abdin rund 150000 Syriani. In den Achtzigerjahren gerieten sie zwischen die Fronten der türkischen Streitkräfte und der kurdischen pkk. Die meisten Syriani suchten Zuflucht in Istanbul oder flohen in die Niederlande, die Schweiz und nach Schweden. Deutschland nahm 35000 syrisch-orthodoxe Flüchtlinge auf. Andere waren schon vorher als Gastarbeiter nach Europa gegangen. Nachdem die Kämpfe um die Jahrtausendwende abgeflaut waren, kehrten einige Syriani wieder in die alte Heimat zurück. Heute zählen die syrisch-orthodoxe Erzdiözese Istanbul zehntausend und die Erzdiözese Tur Abdin dreitausend Mitglieder. Ob ihre Zahl

Januar 2007

## Politik Türkei

wesentlich steigen wird, ist fraglich. Die Juristen und Journalisten aus Deutschland begegnen jedenfalls immer wieder jungen Syriani, die in Europa studiert haben und nun – beim Besuch der Heimat ihrer Vorfahren – feststellen, dass sie in der armen Region keine Zukunft haben.

Zu den wenigen Rückkehrern gehört Saliba Erden, der Pfarrer von Bsorino und Sare. Wo er in den vergangenen zwanzig Jahren gelebt hat, hört man, wenn er deutsch spricht – mit Schweizer Akzent. Auf die Frage, wer denn die Weinstöcke und Obstbäume in seiner Pfarrei angezündet habe, schüttelt er bedächtig den Kopf und lächelt. Doch im Laufe des Gesprächs wird klar, wo die Feinde der syrisch-orthodoxen Christen von Bsorino und Sare sitzen. Der Blick schweift über den Pfarrhof, der wie eine Burg von einer Steinmauer umgeben ist, zu dem Minarett, das auf der anderen Seite des Tales in den Himmel ragt. Dorthin, in das kurdisch-muslimische Dorf müssen die Jungen aus Bsorino gehen, die die Hauptschule besuchen. Von ihren Mitschülern werden sie immer wieder bedroht, mit Worten, gelegentlich auch mit dem Messer. Ihre Töchter schicken die syrisch-orthodoxen Eltern erst gar nicht zum Unterricht, aus Angst, sie könnten entführt werden. Und so müssen die Mädchen ohne schulische Bildung aufwachsen. Die Jungen können immerhin mit vierzehn Jahren in eines der beiden syrisch-orthodoxen Klöster wechseln, wo sie in der aramäischen Sprache und den Gebräuchen ihrer Volksgruppe und Kirche unterwiesen werden. Aber auch das ist eine Notlösung. Die Errichtung von Schulen ist den Syriani nämlich untersagt.

Die Ursache für die Auseinandersetzungen sieht Pfarrer Erden in dem strengen Islam, der in den Nachbardörfern praktiziert wird. Aber es geht – das wird bei Gesprächen mit zurückgekehrten Syriani deutlich – auch um den Besitz von Grund und Boden. Nachdem die Bewohner von Sare geflohen waren, nisteten sich in ihren Häusern „Dorfschützer“ ein, Kurden, die, unterstützt von den lokalen Feudalherren, mit dem türkischen Staat im Kampf gegen die PKK zusammengearbeitet hatten. Nur unter Mühen gelang es den syrisch-orthodoxen Rückkehrern, ihre Häuser wieder zu beziehen.

Die syrisch-orthodoxen Christen seien eine „Bereicherung der Kultur“ im Tur Abdin, betont Mustafa Yilmaz. Er ist seit zwei Jahren Landrat von Midyat, wird das Gebiet aber turnusgemäß in einem Jahr wieder verlassen. Ob er denn befürworte, dass

Januar 2007

## **Politik** Türkei

an den öffentlichen Schulen aramäisch unterrichtet wird oder der türkische Staat den syrisch-orthodoxen Christen erlaubt, eigene Schulen zu errichten, fragt einer der deutschen Journalisten. Er habe „keine Befugnis auf diese Frage einzugehen“, meint der Landrat, in dessen Amtszimmer Kemal Atatürk, der Gründer der modernen Türkei, streng von der Wand blickt.

Dabei ist die Rechtsgrundlage eindeutig. Im Friedensvertrag von Lausanne hat die Türkei 1923 anerkannt, dass „türkische Staatsangehörige, die nichtmuslimischen Minderheiten angehören“, das Recht haben, „Schulen aller Art und andere Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu errichten, zu verwalten und zu kontrollieren, dort ihre eigene Sprache zu gebrauchen und ihre eigene Religion frei auszuüben“. Darauf berufen sich die beiden syrisch-orthodoxen Erzbischöfe des Tur Abdin. In einer Eingabe, die sie im vergangenen September an den Menschenrechtsausschuss' des türkischen Parlaments richteten, äußern sie die Befürchtung, dass „die aramäische Sprache der folgenden Generation nicht mehr übermittelt werden kann“. Und das würde das Ende der Syriani in der Türkei und damit einer Jahrtausende alten Kultur und Kirche bedeuten.

**O**bwohl der Vertrag von Lausanne generell von „nichtmuslimischen Minderheiten“ spricht, türkisch: „Müslüman olmayan“, beschränkt der türkische Staat die Minderheitenrechte auf Armenier, Bulgaren, Griechen und Juden. Freilich, auch die Schulen dieser Gruppen werden vom Staat kontrolliert. Er bestimmt, welche Schüler aufgenommen werden und setzt den Konrektor ein. Dieser – nicht der christliche oder jüdische Direktor – ist der Dienstvorgesetzte der Lehrer, die Türkisch, Erdkunde und Gemeinschaftskunde unterrichten. Und diese vom Staat eingesetzten Lehrer müssen den Behörden regelmäßig berichten, was an ihrer Schule vorgeht.

Die seit 1844 bestehende theologische Hochschule der griechisch-orthodoxen Kirche in Halki schlossen die Behörden 1971. Befragt, was einer Wiedereröffnung entgegen stehe, nennt Reha Denemec, Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender der Regierungspartei AKP, ein Stichwort, das auch in anderen Gesprächen über die Religionsfreiheit immer wieder auftaucht: „Gegenseitigkeit“. Die

Januar 2007

## Politik Türkei

andere Seite, das sind die Griechen. Sie würden die türkische Minderheit in Thrazien diskriminieren, meint Denemec, der sich als „konservativen Demokraten“ bezeichnet. Als ob man ein unveräußerliches Grundrecht wie die Religionsfreiheit an eine Bedingung wie „Gegenseitigkeit“ knüpfen dürfte.

Sicher, das für die griechisch-orthodoxe Kirche der Türkei zuständige „Ökumenische Patriarchat“ in Istanbul, kann junge Männer zum Theologiestudium ins griechische Thessaloniki schicken. Aber viele von ihnen kehrten nicht mehr in ihre Heimat zurück, erzählt Philip Meliton. Der Metropolit ist im „Phanar“, dem Sitz des Patriarchen, für Rechtsfragen zuständig. Erstaunlich offen weist der Geistliche darauf hin, dass das Patriarchat liberaler sei als andere orthodoxe Kirchen.

Die Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel engagierten sich frühzeitig in der ökumenischen Bewegung, während die mit ihnen rivalisierenden orthodoxen Nationalkirchen Russlands und Griechenlands der Ökumene misstrauisch bis ablehnend gegenüber stehen.

Auch weil sie den Dialog mit anderen Konfessionen und Religionen gepflegt habe, müsse die kirchliche Hochschule Halki wieder eröffnet werden, fordert Metropolit Meliton. Artikel 2 der Verfassung definiert die Türkei als „laizistischen Rechtsstaat“. Doch die Rechtswirklichkeit sieht anders aus. „Laizität“ bedeutet die Trennung von Kirche und Staat. Die Türkei unterhält dagegen eine sunnitische Staatskirche. Moscheen und Imame unterstehen einem staatlichen „Amt für religiöse Angelegenheiten“ (Diyanet), das 80000 Mitarbeiter hat und einen Haushalt von 800 Millionen Euro. Es ernennt und überwacht die Imame, schickt ihnen wöchentlich Predigten, unterhält die Moscheen und finanziert Neubauten. Die christlichen Kirchen dagegen besitzen auf der nationalen Ebene keinen Rechtstatus. Das gilt auch für die vom Staat anerkannten Minderheiten. Ihre Ortsgemeinden sind immerhin als „Stiftungen“ organisiert. Doch sie dürfen weder im Rahmen eines Finanzausgleichs andere Gemeinden unterstützen, noch die Kirchenleitung, was in Europa selbstverständlich ist. Und sie sind nicht der Kirchenleitung rechenschaftspflichtig, sondern der staatlichen „Generaldirektion für die Religiösen Stiftungen“.

Verkauft eine als Stiftung organisierte Kirchengemeinde Immobilien, muss sie den Erlös bei der Staatsbank einzahlen. Nur die Zinsen darf die Gemeinde für sich

Januar 2007

## **Politik** Türkei

nutzen. Wenn die Inflation höher ist als die Zinsen bedeutet das faktisch einen Vermögensverlust. Und alles was eine Stiftung nach der Inventarisierung von 1936 erworben hat, kann der Staat beschlagnahmen. Habe die griechisch-orthodoxe Kirche 1936 noch 11000 Immobilien besessen, seien es heute 480, berichtet Metropolit Meliton.

Nach einem neuen Stiftungsgesetz, das die regierende AKP im November gegen die Stimmen der nationalistischen Opposition beschlossen hat, soll vom Staat enteignetes Kircheneigentum zurückgegeben werden – es sei denn dieses ist inzwischen an Dritte verkauft worden.

**D**ass die Türkei sich so schwer tut, ihre Religionspolitik zu reformieren und europäischen Standards anzunähern, hat mit zwei Ängsten zu tun, die die einflussreichen Militärs und viele Politiker prägen. Sie haben Angst vor einem Islam, der keine Trennung von Religion und Politik kennt. Und die Christen gelten als Ausländer, als untürkisch, selbst wenn sie türkische Staatsbürger und ihre Kirchen seit Jahrhunderten im Lande verwurzelt sind.

„Die einzige Möglichkeit“, dass die Türkei ihren Minderheiten die ihnen zustehenden Rechte doch noch gewährt, sieht Metropolit Meliton in einer Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union. Doch seine Hoffnung reicht weiter. Unter einer großen Christusikone sitzend äußert der schwächliche Geistliche gegenüber den Besuchern aus Deutschland die Überzeugung, „dass Gott uns nicht verlassen wird“.